

## Zäsuren, Wiederanknüpfungsversuche und Leerstellen. Zur Biografie der liberalen Politikerin Katharina von Kardorff-Oheimb nach 1933

In der Biografie Katharina von Kardorff-Oheimbs (1879–1962) markiert die nationalsozialistische Machtübernahme das Ende eines weitgefächerten politischen Engagements, das unmittelbar nach Einführung des Frauenstimmrechts am 12. November 1918 seinen Anfang genommen hatte. In den Wochen zwischen Chaos und Aufbruch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs initiierte und organisierte die aus dem Rheinland stammende Unternehmerin an ihrem damaligen Wohnort Goslar politische Bildungsveranstaltungen für die neuen Wählerinnen. Von Dezember 1918 bis zum März 1925 gehörte sie der Deutschen Volkspartei (DVP) an, war stellvertretende Vorsitzende von deren Frauenorganisation, dem sogenannten Reichsfrauenausschuss, sowie Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss der DVP, deren Magdeburger Wahlkreisverband sie von 1920 bis 1924 im Reichstag vertrat.

Innerhalb der heterogenen Partei Gustav Stresemanns, in der sich Restbestände der Nationalliberalen Partei mit rechtskonservativen, nationalistischen Gruppierungen zusammenschlossen, positionierte sich die Politikerin als liberale Gegenspielerin zum rechten Parteiflügel und machte durch publizistische Interventionen in der liberalen Presse gegen die antirepublikanische Rechte von sich reden. Aufgrund ihrer Präsenz im Parlament, in der Publizistik und den zeittypischen Foren großbürgerlicher Soziabilität galt Kardorff-Oheimb in Berlin als einflussreiche Frau und schuf mit ihrem politischen Salon einen wichtigen Kommunikationsraum quer zur parteipolitischen Fragmentierung. Nach ihrem Austritt aus der DVP war sie anderthalb Jahre lang Mitglied der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), aus der sie im Frühjahr 1927, als sie sich mit dem volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Siegfried von Kardorff (1873–1945) verlobte, wieder austrat.

Die letzten Jahre der Weimarer Republik sehen sie als parteilose Politikerin, die angesichts des Zerfalls des organisierten Liberalismus vornehmlich auf die Aktivierung bürgerlicher Frauen durch politische Bildung setzte. Nachdem sie an der Berliner Lessing-Hochschule bereits die Abteilung „Hochschule der Frau“ geleitet hatte, initiierte sie in Berlin eine „Hochschule zur politischen Erziehung der Frau“ – getragen von der Nationalen Ar-

beitsgemeinschaft, als deren Gründungsvorsitzende Kardorff-Oheimb verstärkt für frauenemanzipatorische Anliegen eintrat.

Dies sind nur einige Eckdaten des politischen Engagements Kardorff-Oheimbs, das in einer jüngst veröffentlichten Dissertation erstmals ausführlich untersucht wurde.<sup>1</sup> Im Fokus des folgenden Beitrags steht hingegen die Biografie der – in der Forschung bisher insgesamt nur wenig berücksichtigen – liberalen Politikerin nach 1933. Als eine der bekanntesten Repräsentantinnen der Republik war sie zuvor bereits ins Visier der NSDAP-Presse geraten<sup>2</sup> und hatte anlässlich der Reichspräsidentschaftswahlen im März 1932 die zu erwartenden Auswirkungen einer Wahl Hitlers auf die Frauenemanzipation deutlich benannt: „Unter Hitlers Führung werdet ihr in eure unsagbare hilflose und unbedeutende Stelle in Familie und Staat zurücksinken. [...] Ihr werdet wieder wie vor 1918 zusammengeworfen mit Kindern, Unmündigen und Geisteskranken, die nicht wahlberechtigt sind.“<sup>3</sup>

Mit der nationalsozialistischen Machteroberung verschlossen sich Kardorff-Oheimbs Möglichkeiten eines politischen Engagements auf Vereins- oder publizistischer Ebene. Ihre letzten Artikel und Vorträge datieren aus dem November 1932; die Selbstauflösung der Nationalen Arbeitsgemeinschaft erfolgte am 30. August 1933.<sup>4</sup> Weder sie noch ihr Mann, der im Frühjahr 1932 aufgrund seiner Weigerung, das Misstrauensvotum gegen Brüning mitzutragen, aus der DVP-Fraktion ausgeschlossen worden war, schlossen sich der NSDAP oder einer ihrer Organisationseinheiten an. In innerer Ablehnung des Regimes, sowohl zu Unterstützern und Profiteuren des Systems als auch zu unmittelbar Verfolgten in Beziehung stehend, zog sich das Paar zunehmend in die Privatheit zurück.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs drängte es die einst so Aktive zurück auf die politische Bühne. Liberalismus und Frauenbewegung sowie die Vorstellung eines geeinten Deutschlands in einem befriedeten Europa bildeten die Hauptkoordinaten ihres Nachkriegsengagements, das sie 1946 in den institutionellen Rahmen der Liberal-Demokratischen Partei in Berlin führte und sie Ende 1950 zur Mitbegründerin des Arbeitskreises für deutsche Verständigung in Düsseldorf machte. Dabei blieben ihre Versuche aktiver Mitwirkung von jeweils kurzer Dauer, scheiterten an gesundheitlichen Proble-

1 Cornelia Baddack: Katharina von Kardorff-Oheimb (1879–1962) in der Weimarer Republik. Unternehmenserbin, Reichstagsabgeordnete, Vereinsgründerin, politische Salonnière und Publizistin. Göttingen 2016 (im Erscheinen).

2 Frau von Kardorff ist mit den Männern unzufrieden. In: Völkischer Beobachter, Nr. 237, 5./6.10.1930; Katharina von Kardorff und ihre Kinder. In: Der Angriff, Nr. 224, 16.12.1931.

3 Katharina v. Kardorff: Frauen müssen Hindenburg wählen. In: Berliner Tageblatt, Nr. 122, 12.3.1932.

4 Hierzu sowie zu der Gleichschaltung des Deutschen Damen Automobil-Clubs, dem Kardorff-Oheimb seit 1929 als Präsidentin vorstand, siehe ausführlich Kapitel 4.6 in Baddack: Katharina von Kardorff-Oheimb (wie Anm. 1).

men, generationellen Konflikten und ideologischen Antagonismen. Diese politischen Wiederanknüpfungsversuche nach 1945 stehen im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung – eingeleitet durch eine Schilderung der privaten Lebensumstände Kardorff-Oheimbs.

## I. Private Lebensumstände ab 1933

Über die Lebensumstände Kardorff-Oheimbs während des Dritten Reichs liegen nur wenige Informationen vor. Ihr Nachlass im Bundesarchiv Koblenz enthält vereinzelte Briefe aus dem Zeitraum 1933 bis 1945, was die Politikerin im Manuskript zu ihrer Auto/Biografie auch damit begründet, „mancherlei gefährliche Schriftstücke“ während der NS-Zeit bewusst vernichtet zu haben.<sup>5</sup> Bekannt ist, dass Siegfried von Kardorff nach dem Ende seiner politischen Karriere im Juni 1932 in der Berliner Zweigniederlassung der österreichischen Lebensversicherungs-Gesellschaft Phönix eine Anstellung gefunden hatte, die er vermutlich verlor, als der österreichische Konzern nach dem Tod seines langjährigen Generaldirektors Wilhelm Berliner im Februar 1936 zusammenbrach.<sup>6</sup> Auch war er bis 1936/37 Aufsichtsratsmitglied verschiedener Unternehmen,<sup>7</sup> während Kardorff-Oheimb Anfang der 1930er Jahre beide Firmen, als deren Inhaberin sie 1918 in die Politik gegangen war, verloren hatte. Im Unterschied zu ihrem Mann, der neben seiner beruflichen Beschäftigung noch an einer Biografie seines Vaters, des freikonservativen Politikers Wilhelm von Kardorff, schrieb, wusste sie nach dem Ende ihres politischen Engagements mit ihrem Leben nichts anzufangen. Ihre „Erinnerungen für die Nachwelt“ aufzuschreiben, wozu Kardorff sie zu ermuntern suchte,<sup>8</sup> schien ihr unmöglich – zu sehr wühlten sie die Entwicklungen im Sommer 1933, nicht zuletzt die frauenfeindliche Politik der Nationalsozialisten auf. „Täglich ärgere ich mich über die Herabwürdigung der Frau. Wo soll das hinführen?“<sup>9</sup>

5 Manuskript „Die neun Kugeln von St. Quirin“, S. 199 f., Bundesarchiv Koblenz (BArchK), Nachlass Katharina v. Kardorff-Oheimb (N 1039), Bd. 79, o. Bl.

6 S. v. Kardorff an K. v. Kardorff, 6.6.1932, BArchK, N 1039, Bd. 2, Bl. 21-24; Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte. Bd. 1. Berlin 1935 u. 1936 („Kardorff, Siegfried von“). Vgl. Gerald Feldman: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft: 1933–1945. München 2001, S. 188-191.

7 Siehe die Einträge zu Siegfried von Kardorff im Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte. Bd. 1. Berlin 1926/27, 1927/28, 1932, 1933, 1935, 1936 u. 1937; ebd. 1937. Bd. 2, S. 772 f.

8 S. v. Kardorff an K. v. Kardorff, 29.8.1933, BArchK, N 1039, Bd. 2, Bl. 138.

9 K v. Kardorff an S. v. Kardorff, 14.7.1933, BArchK, Nachlass Siegfried v. Kardorff (N 1040), Bd. 2, Bl. 205-208, hier Bl. 206 f.

Trotz verringelter Einnahmen und gesundheitlicher Einschränkungen war es dem Paar möglich, die gewohnte Art der Lebensführung weitestgehend aufrechtzuerhalten, wie die Hinweise auf wiederholte Rennbahnbesuche, Kur- und Auslandsaufenthalte und insbesondere der Bau eines Hauses in Berlin-Schmargendorf zeigen. Dabei scheint sich das beziehungsinterne Rollenspiel umgekehrt zu haben, als es Siegfried von Kardorff ab etwa 1937 zunehmend schlechter ging. Häufiger musste Kardorff-Oheimb ihren Mann, der aufgrund einer Arteriosklerose phasenweise bettlägerig war, pflegen, zudem hatte er keine Arbeit und – in der Wahrnehmung seines Bruders, des Malers Konrad von Kardorff – auch „eigentlich keinen Lebenswillen mehr“.<sup>10</sup> Ein halbes Jahr, bevor Deutschland mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg entfesselte, bezogen die Kardorffs im April 1939 ihr neues, als Alterswohnsitz imaginiertes Domizil nahe des Grunewaldes, auf dessen Einrichtung Kardorff-Oheimb sehr viel Zeit und Muße verwandt hatte.<sup>11</sup>

In den wenigen aus den Kriegsjahren überlieferten Briefen stehen gesundheitliche Probleme und Versorgungsfragen im Vordergrund. Um organisatorische Dinge wie die Beschaffung von Nahrungsmitteln kümmerte sich demzufolge hauptsächlich Kardorff-Oheimb, die außerdem eine berufliche Tätigkeit als Vertreterin der National Allgemeine Versicherungs-AG in Berlin aufnahm.<sup>12</sup> Als eine Reminiszenz an frühere politische Geselligkeiten mutet eine Feier an, zu der das Ehepaar anlässlich von Kardorffs 70. Geburtstag am 4. Februar 1943 einlud.<sup>13</sup> Etwa 70 bis 80 Personen seien damals in die Karlsbader Straße gekommen, darunter die ehemals volksparteilichen Minister Moldenhauer und Raumer, der frühere Deutschnationale Otto Hoetzsch, von den Demokraten Theodor Heuss und von den Sozialdemokraten Paul Löbe und Carl Severing – der sich daran erinnert, bei dieser Gelegenheit den „Stimmungsumschwung“ im vierten Kriegsjahr beobachtet zu haben.<sup>14</sup>

Einen Monat später bereiteten die Kardorffs ihren Wegzug aus Berlin vor, weil sie einen weiteren Verbleib in der Hauptstadt offenbar als Bedrohung empfanden.<sup>15</sup> Zum einen dürfte hierzu die seit Jahresbeginn erhöhte Zahl an

10 Konrad v. Kardorff an K. v. Kardorff, 28.8.1937, BArchK, N 1039, Bd. 11 a, Bl. 56.

11 Meldekarte Siegfried v. Kardorff, nach schriftl. Auskunft Landesarchiv Berlin (LAB) an die Verfasserin vom 23.8.2005. Vgl. Manuskript „Die neun Kugeln von St. Quirin“, S. 199-203, BArchK, N 1039, Bd. 79, o. Bl.

12 K. v. Kardorff an Baron [Ludwig Cornelius Freiherr] Heyl, 17.4.1940, Stadtarchiv Worms, Abt. 185, Nr. 412.

13 Vgl. die Mappe mit Glückwünschen in Kardorffs Nachlass: BArchK, N 1040, Bd. 5.

14 Carl Severing: Mein Lebensweg. Bd. 2: Im Auf und Ab der Republik. Köln 1950, S. 434. Vgl. ders. an K. v. Kardorff, 6.2.1947 (Abschrift), BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 37.

15 K. v. Kardorff an S. v. Kardorff, 18.3.1943 u. 31.3.1943, BArchK, N 1040, Bd. 3, Bl. 178 u. Bl. 181 f.

Luftangriffen beigetragen haben.<sup>16</sup> Zum anderen habe ihnen Staatssekretär Walter Kriege, ein früherer DVP-Parteifreund, der in der Preußischen und Reichsjustizverwaltung tätig war, dringend zu diesem Schritt geraten. Mitgliedern des Justizministeriums sei untersagt worden, so heißt es in Kardorff-Oheimbs Erinnerungen, im Haus der Kardorffs zu verkehren, außerdem habe beiden eine Vernehmung durch die Gestapo gedroht; belastbare Belege für eine tatsächliche Gefahr gibt es allerdings nicht.<sup>17</sup> In Ahrensdorf am Lübbesee im Kreis Templin, einem kleinen Dorf in der Uckermark, mieteten sie Zimmer an und brachten den größten Teil ihres beweglichen Guts auf dem Schloss des ehemaligen Botschafters Heinrich Rüdt von Collenberg-Bödigheim im Odenwald unter – ein deutlicher Hinweis auf ihre freundschaftlichen Beziehungen auch zu Personen, die den Nationalsozialismus offiziell repräsentierten und im Falle Rüdts der NSDAP aus Überzeugung beigetreten waren.<sup>18</sup> Im Herbst 1943 schließlich verließen sie Berlin.<sup>19</sup> Zu ihnen gesellte sich Eva von Kardorff, ältere Schwester Siegfried von Kardorffs und zuvor Diakonissenoberin im oberschlesischen Kreuzburg (Kluczbork). Begleitet wurden sie von Hildegard Schmitz, einer Krankenschwester, die seit dem Frühjahr 1942 als „Wahltochter“ fest zum Kardorffschen Haushalt gehörte und beide Kardorffs jeweils bis zu ihrem Tod pflegen sollte.<sup>20</sup>

Unter schwierigen Bedingungen und in beengten Verhältnissen harrte Katharina von Kardorff mit ihren Angehörigen die Zeit bis zum Kriegsende in

- 16 Vgl. Laurenz Demps: Berlin im Bombenkrieg. In: Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hrsg.): Berlin 1939–1945. Stadt und Gesellschaft im Nationalsozialismus. Berlin 2013, S. 357–371, hier S. 358 f.
- 17 Katharina von Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte. Hrsg. von Dr. Ilse Reicke, Tübingen o. J. [1965], S. 227. Zu Walter Kriege (1891–1952) siehe Kabinettssitzung, 4.11.1949 (TOP B, Anm. 6), Die Kabinettspflichten der Bundesregierung – Kabinettspflichten 1949, o. S. [Onlinefassung], URL: <[http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/102/1/k/1949k/kap1\\_2/kap2\\_19/para3\\_5.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/102/1/k/1949k/kap1_2/kap2_19/para3_5.html)> (26.1.2016).
- 18 Nachdem Mexiko seine diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hatte, war Rüdt von Collenberg, der seit Ende 1933 Botschafter in Mexiko gewesen war, Anfang 1942 zurück nach Deutschland gekommen und im Oktober desselben Jahrs in den Ruhestand versetzt worden. Vgl. Eckart Conze u. a. (Hrsg.): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik Deutschland. München 2010, S. 65 ff.; Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes, Bd. 3 (2008), S. 737 f. Der ursprüngliche Plan, mit ihrem Möbeln nach Bödigheim umzuziehen, habe sich zerschlagen, weil die auf dem Schloss für sie bestimmten Zimmer keine Heizungen hatten. K. v. Kardorff an Hölling, o. D. [Okt./ Nov. 1946], BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl.
- 19 Siegfried von Kardorff wurde offiziell am 1.9.1943 nach Ahrensdorf abgemeldet. Schriftl. Auskunft LAB an die Verf., 23.8.2005. Dagegen scheint Kardorff-Oheimb im November krankheitsbedingt noch in Berlin geblieben und bei einem Freund untergekommen zu sein. Siehe einen nicht näher bezeichneten Bericht Max Leon Flemmings von Anfang Dezember 1943, BArchK, N 1039, Bd. 9 a, Bl. 88.
- 20 K. v. Kardorff an Martha v. Hirsch, 7.2.1956, BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl. (Zitat); Hildegard Schmitz an K. v. Kardorff, 1.1.1943, BArchK, N 1039, Bd. 14, Bl. 272.

der Uckermark aus.<sup>21</sup> Den Einmarsch der Roten Armee in Ahrensdorf datiert die Ortschronik auf den 28. April 1945.<sup>22</sup> Nach Errichtung der sowjetischen Ortskommandantur blieb zunächst der alte Bürgermeister im Amt – ein nicht unübliches Vorgehen.<sup>23</sup> Doch als dieser wenig später ums Leben kam, bestellte der neu installierte „Kreis-Ausschuß des Kreises Templin“ keinen Ortsansässigen zu seinem Nachfolger, sondern die nach Informationen der sowjetischen Militärorganisation offensichtlich als „Hitlergegner“ eingestufte ehemalige Reichstagsabgeordnete Kardorff-Oheimb.<sup>24</sup> Am 1. Juni 1945 übernahm die neue Bürgermeisterin von Ahrensdorf ihr Amt,<sup>25</sup> das sie anderthalb Monate später allerdings schon wieder abgeben musste. Nach einer Eingabe von zwölf Ahrensdorfer Landwirten, derzufolge Kardorff-Oheimb als „Fremde in der Gemeinde“ nicht in der Lage sei, „uns Bauern mit wirklichen Verständnis unserer Arbeit, in dieser doppelt schweren Zeit, zu unterstützen“,<sup>26</sup> wurde etwa Mitte Juli ein neuer Bürgermeister eingesetzt.<sup>27</sup> Ohnehin war Kardorff-Oheimb bald darauf am Ende ihrer Kräfte angelangt – nachdem sie von einem Rotarmisten vergewaltigt und dabei mit Syphilis oder einer anderen venerischen Krankheit infiziert worden war.<sup>28</sup> Vermutlich Anfang September 1945 begab sie sich allein nach Berlin und wurde dort mit Penicillin, dem einzigen Mittel, das in einem fortgeschrittenen Krankheitsstadium helfen konnte, erfolgreich behandelt.<sup>29</sup>

Als Kardorff-Oheimb im Alter von 66 Jahren aus Ahrensdorf zurückkehrte, hatte Berlin nach dem Bombenkrieg und der sowjetischen Schlussoffensi-

21 Vgl. ihre Schilderungen in Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte (wie Anm. 17), S. 227-231, sowie in einem Brief an Lucy Faldix, 19.5.1961, BArchK, N 1039, Bd. 57, Bl. 56 f.

22 „Ahrensdorf – Die Geschichte eines Dorfes“, unveröffentl. Aufzeichnungen, Stadtarchiv Templin, H/ A.

23 Vgl. Jan Foitzik: Sowjetische Militärauthorität in Deutschland (SMAD). In: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1990, S. 7-69, hier S. 14.

24 Vgl. Norman N. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997, S. 22; Dieter Marc Schneider: Kommunalverwaltung und -verfassung. In: Broszat/Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch (wie Anm. 23), S. 297-319, hier S. 299.

25 Bescheinigung des Kreis-Bürgermeisters vom 5.6.1945, Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin (LABO), Abt. I, Akz. I B 16-211094, Bl. M69.

26 Schreiben an den Präsidenten der Stadt Templin, 24.6.1945, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 7.

27 K. v. Kardorff an Charlotte Woite, 27.12.1945, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 94.

28 Hinweise in K. v. Kardorff an Irmgard v. Willisen, 4.9.1946; dies. an Charlotte Woite, 27.12.1945, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 80 f. und 94. Vgl. Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte (wie Anm. 17), S. 233 f.

29 Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte (wie Anm. 17), S. 236. Vgl. Barbara Johr: Die Ereignisse in Zahlen. In: BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt a. M. 2005, S. 46-73, hier S. 72, Anm. 10; Naimark: Die Russen (wie Anm. 24), S. 118.

ve mit der ‚alten‘, ihr vertrauten Stadt nur noch wenig gemein.<sup>30</sup> Ihr Haus war bei einem Luftangriff zerstört worden,<sup>31</sup> sie selbst befand sich in finanzieller Notlage, hatte sie doch „alles verloren [...], bares Geld von etwa 40 000 Mark, meinen ganzen Schmuck und alle die Dinge, die ich in Bödigheim hatte, heute im Wert von etwa 8-10 Millionen Mark“.<sup>32</sup> Zwar hatte sie auch jetzt noch Zugriff auf einzelne Vermögensgegenstände und sollte später die meisten ihrer in Bödigheim deponierten Sachen zurück erhalten, doch war Kardorff-Oheimb insbesondere in den ersten Nachkriegsmonaten im besetzten Berlin auf die Hilfe von Freunden und Verwandten angewiesen. So gab Max Leon Flemming, ein wie sie aus Neuss stammender Kunstsammler und Galerist, der langjährigen Freundin nach ihrer Rückkehr ein erstes Dach über dem Kopf, vermittelte Essensmöglichkeiten, half außerdem mit kleineren Barbeträgen und verkaufte wie schon während des Krieges Restbestände aus Kardorff-Oheimbs einstiger Gemäldesammlung.<sup>33</sup> Zwölf Monate lang lebte diese als Evakuierte und Bombengeschädigte bei Lotte Bahr, mit der sie gemeinsam im Deutschen Damen-Automobilclub aktiv gewesen war, in Wilmersdorf,<sup>34</sup> bevor sie – zusammen mit der aus Ahrensdorf zurückgekehrten Hildegard Schmitz – Anfang Dezember 1946 eine kleine Wohnung in Charlottenburg bezog.<sup>35</sup> Den ersten Nachkriegswinter wohnte und schlief Kardorff-Oheimb „in einer rauchigen Küche mit Wäschekochen und allen sonstigen Proletariergenüssen“ – und wurde vor Ostern mit einer Lungenentzündung ins Krankenhaus eingeliefert.<sup>36</sup> Acht Wochen später verließ sie dasselbe „fast gesund“,<sup>37</sup> um im Oktober wieder für mehrere Wochen stationär behandelt werden zu müssen.<sup>38</sup> Ähnlich gestaltete sich das Jahr 1947, als sie erneut mit einer Lungenentzündung mehrere Wochen im Krankenhaus lag.<sup>39</sup>

30 Vgl. David Clay Large: Berlin. Biographie einer Stadt. München 2002, S. 348.

31 Vgl. Ursula von Kardorff: Berliner Aufzeichnungen 1942–1945. Unter Verwendung der Original-Tagebücher neu herausgegeben und kommentiert von Peter Hartl. 2. Aufl. München 1997, S. 168 f.

32 K. v. Kardorff an Hölling, o. D. [Okt./ Nov. 1946], BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl.; s. a. dies. an Micha von Bülow, 27.12.1945, ebd., Bd. 55, Bl. 202 f.

33 Hinweise in Max Flemming an K. v. Kardorff, 31.8.1945, 10.12.1945 u. 31.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 57, Bl. 84, 85 u. 87. Vgl. Hanns Theodor Flemming: Konsul Max Leon Flemming und seine Sammlung moderner Kunst. In: Private Schätze. Über das Sammeln von Kunst in Hamburg bis 1933. Hamburg o. J., S. 82-85.

34 K. v. Kardorff an Micha v. Bülow, 27.12.1945, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 202 f.; dies. an Otto Ostrowski, 11.11.1946, ebd., Bd. 69, Bl. 176.

35 K. von Kardorff an Hildegard Stahlberg, 30.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 88.

36 K. v. Kardorff an Mathilde Vaerting, 14.7.1946, BArchK, N 1039, Bd. 66, o. Bl.

37 Ebd.

38 K. v. Kardorff an William Borm, 11.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 56; dies. an Otto Ostrowski, 11.11.1946, ebd., Bd. 69, Bl. 176.

39 K. v. Kardorff an Luise Böddinghaus, 24.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 109; dies. an Herbert v. Klemperer (New York), 9.4.1947, ebd., Bd. 60, o. Bl.

Die ökonomischen Umstände von Kardorff-Oheimbs Leben nach 1945 hatten mit ihrer früheren Existenz als vermögende Frau kaum noch etwas gemein, und viele ihrer damaligen Briefe enthalten Anspielungen auf den tiefgreifenden Wandel ihrer Lebensführung. Hinzu kam der Verlust ihres langjährigen Lebenspartners Siegfried von Kardorff, der bettlägerig in Ahrensdorf hatte bleiben müssen und dort am 12. Oktober 1945 verstarb. „Mir fehlt mein Mann unendlich“, schrieb sie im September 1946. „26 Jahre gemeinsame Politik, gemeinsame geistige Stellungnahmen zu allen Dingen, in einem doch verhältnismäßig – zu heute – großen Luxus, ist schon sehr verschieden von meinem Leben heute, wo ich in zwei möblierten Zimmern mit Hunger und Kälte genau ringen muss wie jeder andere.“<sup>40</sup> In der ersten Zeit finanzierte sie ihren Lebensunterhalt vorrangig aus dem Verkauf von Wert- und Gebrauchsgegenständen<sup>41</sup> und verfügte so zumindest über genügend Bargeld, um Kohlen und Grundnahrungsmittel zu beziehen.<sup>42</sup> Wertvolle Hilfe unter den schwierigen Bedingungen des Nachkriegsalltags kam auch von außerhalb.<sup>43</sup> Insbesondere ihre in New York lebende Schwester Elisabeth van Endert versuchte auf verschiedenen Wegen, ihr Unterstützung zukommen zu lassen, brachte über Dritte Kleidung, Schuhe, Medikamente, Nahrungsmittel und Zigaretten auf den Weg nach Berlin<sup>44</sup> und schickte später, als Hilfslieferungen nach Deutschland erlaubt waren, alle drei bis vier Wochen ein Paket.<sup>45</sup> Regelmäßig sandte auch Kardorff-Oheimbs in die Schweiz emigrierte Freundin Martha von Hirsch, Tochter des jüdischen Frankfurter Juweliers Robert Koch und in zweiter Ehe mit dem Lederfabrikanten und Kunstmäzen Robert von Hirsch verheiratet, Nahrungsmittel, manchmal auch Kleidung.<sup>46</sup>

Nach dem berüchtigten Hungerwinter 1946/47 überlegte die Politikerin im Sommer, von Berlin in ihre alte Heimatstadt Neuss am Rhein umzusiedeln.<sup>47</sup> Dorthin war inzwischen ein großer Teil ihrer ausgelagerten Möbel,

40 K. v. Kardorff an Irmgard v. Willisen, 4.9.1946, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 80 f.

41 So verkaufte sie silberne Leuchter zu 1000 RM. K. v. Kardorff an Friedrich Thoole, 16.4.1947 u. 16.7.1947, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 126 u. 127.

42 Zu den Kohlen siehe K. v. Kardorff an Anneliese Schütz (Amsterdam), 3.4.1947, BArchK, N 1039, Bd. 65, Bl. 151 f.; zur Versorgung mit Nahrungsmitteln siehe den Briefwechsel zwischen K. v. Kardorff und Wilhelm Eggers, 25.10.1946, 30.10.1946, 7.11.1946, ebd., Bd. 57, Bl. 21-23.

43 K. v. Kardorff an Luise Boeddinghaus, 15.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 105.

44 Elisabeth van Endert an Herrn Albrecht, 24.2.1946, BArchK, N 1039, Bd. 57, Bl. 28.

45 K. v. Kardorff an Martha v. Hirsch, 19.4.1947, BArchK, N 1039, Bd. 59; dies. an Mathilde Vaerting, 14.7.1946, ebd., Bd. 66, o. Bl. Die neu gegründete Genossenschaft C.A.R.E konnte erst ab Juni 1946 Pakete nach Deutschland senden. Volker Ilgen: CARE-Paket & Co. Von der Liebesgabe zum Westpaket. Darmstadt 2008, S. 62-75.

46 Briefe zwischen beiden aus den Jahren 1947 bis 1961 mit wiederholten Hinweisen auf Sendungen in: BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl.

47 K. v. Kardorff an Georg u. Frida Hahn (Brasilien), 11.7.1947, BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl. Vgl. dies. an Erik Reger, 13.7.1947, ebd., Bd. 70, Bl. 105.

Ölbilder, Bücher und Haushaltsgegenstände gelangt.<sup>48</sup> Doch war ein Wohnortwechsel mit etlichem bürokratischen Aufwand verbunden. Zudem zögerte Kardorff-Oheimb, ihr „geistiges Leben“<sup>49</sup> in der Hauptstadt aufzugeben, verdichteten sich hier doch die politischen Entwicklungen in einem besonderen Maße. Doch je näher der Winter rückte, umso weniger wollte sie „in Berlin bleiben, so interessant und aufregend es ist“.<sup>50</sup> Allerdings erkrankte sie erneut, so dass an einen Umzug nicht zu denken war; erst im darauffolgenden Frühjahr verließ Kardorff-Oheimb Berlin und war offiziell seit 27. August 1948 in Mönchengladbach gemeldet.<sup>51</sup> Nach Problemen mit ihrer dortigen, durch eine Freundin bereitgestellten Unterkunft verbrachte sie eine längere „dachlose Zeit“ an wechselnden Orten, die sie mehr und mehr deprimierte,<sup>52</sup> bis sie schließlich im Herbst 1949 gemeinsam mit Hildegard Schmitz eine kleine Wohnung in Düsseldorf bezog.<sup>53</sup> Fünfeinhalb Jahre lang bewohnten die beiden Frauen anderthalb Zimmer, bevor sie im März 1955 in eine größere Wohnung wechselten. Hier, in der Düsseldorfer Sternstraße, verbrachte Kardorff-Oheimb ihre letzten Lebensjahre bis zu ihrem Tod am 22. März 1962.

In den 1950er Jahren stabilisierte sich auch Kardorff-Oheimbs finanzielle Lage. Vom Staat erhielt sie eine monatliche Rente, die 1951 240 DM betrug,<sup>54</sup> außerdem ab 1953 eine Witwenpension aus dem früheren Landratsamt Siegfried von Kardorffs in Höhe von anfänglich 406 DM pro Monat.<sup>55</sup> Weiterhin verkaufte sie Sachwerte – unter anderem Bücher, nachdem sie von ihrer alten Bibliothek 450 Bände zurückerhalten hatte –, und bekam Pakete

48 Heinrich Rüdt [von Collenberg] an K. v. Kardorff, 28.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 64, o. Bl.; s. a. Edith Rüdt an dies., 23.6.1946, ebd.; K. v. Kardorff an Kathi Massenbach, 22.6.1947, ebd., Bd. 61, Bl. 140.

49 K. v. Kardorff an Hermann Rheindorf, 23.6.1947, BArchK, N 1039, Bd. 63, Bl. 65.

50 K. v. Kardorff an FC Boemer, 28.10.1947, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 113.

51 Schriftl. Auskunft des Stadtarchivs (StA) Mönchengladbach an die Verf., 27.7.2006. Die Option eines Umzugs nach Mönchengladbach wird erstmals Anfang 1946 erwähnt: Luise Boeddinghaus an K. v. Kardorff, 13.6.1946, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 106 f.

52 K. v. Kardorff an Hilde Kriege, 10.2.1949, BArchK, N 1039, Bd. 60, o. Bl.

53 K. v. Kardorff an Hildegard Stahlberg, 6.9.1949, BArchK, N 1039, Bd. 65, Bl. 203; dies. an Else Geller, 14.9.1949, ebd., Bd. 58, Bl. 3 f. Die Ummeldung von Mönchengladbach nach Düsseldorf erfolgte am 22.8.1949 rückwirkend für den 5.7.1949. Schriftl. Auskünfte an die Verf. von StA Mönchengladbach, 27.7.2006, und StA Düsseldorf, 15.8.2005.

54 K. v. Kardorff an Chaim Weizmann, 13.2.1951, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 37 f. Zum Vergleich: Die gesetzliche Mindestrente lag 1950 bei 50 DM. Werner Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004, S. 194 f. Das neue Rentengesetz trat erst am 23.2.1957 in Kraft.

55 Die Pension wurde rückwirkend ab 1951 berechnet, 1956 auf 453,85 DM und 1960 auf 478,85 DM angehoben. Information in LABO, Abt. I, Akz. I B 16-211094, Bl. M1/2.

von im Ausland lebenden Freundinnen und Freunden.<sup>56</sup> Unterstützung erreichte sie auch aus Israel, nachdem Staatspräsident Chaim Weizmann, den Kardorff-Oheimb von ihrem früheren Engagement im deutschen Pro Palästina-Komitee her kannte, von ihrer schwierigen Lage erfahren hatte. Auf seine Veranlassung erhielt sie seit Oktober oder November 1948 eine monatliche Zahlung von der jüdischen Hilfsorganisation American Jewish Joint Distribution Committee (AJDC), die sich in der Regel ausschließlich um jüdische Überlebende kümmerte.<sup>57</sup> Die Zahlungen in Höhe von 300 DM wurden Anfang der 1950er Jahre eingestellt, bevor ihr im Frühjahr 1956 auf Vermittlung Felix Shinnars, dem Leiter der Israel-Mission in Köln, „in Würdigung Ihrer Verdienste in der Vergangenheit um die Förderung des Palästina-Werkes“ eine Pauschalsumme von 1.200 DM durch den Stiftungsfonds Keren Hayessod – finanzieller Arm der Zionistischen Weltorganisation – überwiesen werden sollte.<sup>58</sup> 1954 entschloss sich Kardorff-Oheimb, einen Antrag auf Wiedergutmachung zu stellen, nachdem im Jahr zuvor das Bundesentschädigungsgesetz erlassen worden war. Erfolgreich machte sie einen Anspruch auf Leistungen wegen „Schaden in beruflichem Fortkommen“ als politisch Verfolgte des NS-Regimes geltend<sup>59</sup> und erhielt ab Mai 1957 eine monatliche Rente von 600 DM sowie eine auf dieser Basis berechnete Rentennachzahlung.<sup>60</sup> Drei Jahre später bewilligte die Entschädigungsbehörde eine zusätzliche Rente von monatlich 120 DM, nachdem Kardorff-Oheimb einen zweiten Antrag eingereicht hatte, der sich dieses Mal auf ihren „an Körper und Gesundheit“ erlittenen Schaden gründete.<sup>61</sup>

56 Edith Rüdt von Collenberg an K. v. Kardorff, 23.6.1946 (Abschrift), BArchK, N 1039, Bd. 64, unfol; Max Flemming an K. v. Kardorff, 31.10.1949, 7.1.1950, 30.3.1950, ebd., Bd. 57, Bl. 116, 118, 122 f. 1953 verkaufte sie „den Casanove“ für 100 DM. K. v. Kardorff an Blank, ebd., Bd. 75, Bl. 62.

57 K. v. Kardorff an Vera Weizmann, 3.5.1955, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 40; Liliane Roehrs an K. v. Kardorff, 19.4.1949, ebd., Bd. 64, o. Bl. Vgl. Anke Quast: Nach der Befreiung. Jüdische Gemeinden seit 1945 in Niedersachsen – das Beispiel Hannover. Göttingen 2001, S. 225-228. Auf welcher Grundlage genau Kardorff-Oheimb Geld zugewiesen wurde, konnte nicht ermittelt werden.

58 F. E. Shinnar an K. v. Kardorff, 7.5.1956, BArchK, N 1039, Bd. 60, o. Bl.

59 Antrag vom 21.9.1954, LABO, Abt. I, Akz. I B 16-211094, Bl. M1/2.

60 Auf die Rente hatte sie im November 1956 nach Anfrage durch ihren bevollmächtigten Anwalt Victor Jacobs einen Vorschuss in Höhe von 10.000 DM erhalten. Mitteilung des Entschädigungsamts Berlin an die Wiedergutmachungsbehörde Düsseldorf, 23.1.1959, LABO, Abt. I, Akz. I B 16-211094, Bl. M45.

61 Der Bescheid vom 8.6.1960 über den Antrag vom 4.5.1959 befindet sich als Durchschrift in der Akte zum Entschädigungsverfahren „nach Siegfried von Kardorff“, das nach einem Antrag Kardorff-Oheimbs als seine Witwe eröffnet, aber nicht weiterverfolgt worden war, LABO, Akz. I B 16-211095, Bl. M25-26.

## II. Im Landesverband Berlin der Liberal-Demokratischen Partei

Als Kardorff-Oheimb nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nach Berlin zurückkehrte, stürzte sie sich, sobald es ihr gesundheitlicher Zustand zuließ, in die politische Arbeit. Durch Eugen Schiffer auf die Aktivitäten der am 10. Juli 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zugelassenen Liberal-Demokratischen Partei (LDP) aufmerksam gemacht,<sup>62</sup> fand sie hier ein Terrain im Kontext von Liberalismus und Frauenbewegung, auf dem sie an ihre früheren politischen Aktivitäten und Erfahrungen anknüpfen konnte. Seit Herbst 1945 hatten sich innerhalb der Berliner LDP diverse Frauengruppen auf Bezirksebene gebildet und schlossen sich am 18. Januar zum Frauenausschuss – später Frauenarbeitsgemeinschaft – des Landesverbandes Berlin zusammen. Um an dieser konstituierenden Versammlung teilnehmen zu können, wurde sie am 10. Januar 1946 Mitglied in der Bezirksgruppe Schöneberg-Friedenau, im Laufe des Jahres außerdem des Bezirksverbands Wilmersdorf.<sup>63</sup> An die Spitze des neunköpfigen Vorstands wählten die weiblichen Delegierten Helene Beer, die wenig später Vorsitzende des von der Sowjetischen Militärauthorität (SMAD) neu eingesetzten Zentralen Frauenausschusses beim Magistrat von Groß-Berlin wurde,<sup>64</sup> und Kardorff-Oheimb zu ihrer Stellvertreterin.<sup>65</sup>

Ähnlich wie im Winter 1918/19 tauchte Kardorff-Oheimb Anfang 1946 in eine politische Um- und Aufbruchsstimmung ein. Zur LDP fühlte sich die

62 K. v. Kardorff an Hölling, o. D [Okt./ Nov. 1946], BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl. Zur Geschichte der LDP von ihrer Gründung bis 1952 vgl. Gerhard Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952. In: Jürgen Frölich (Hrsg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NPD 1945 bis 1953. Köln 1994, S. 25–45; zum Sonderstatus des Berliner Landesverbandes vgl. Hans-Volker Schwarz: Die Berliner Liberalen im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes 1945–1956 – vom Landesverband der LDP Groß-Berlin zur FDP Berlin (West) und LDP(D) Berlin (Ost). Frankfurt a. M. u. a. 2007, S. 50–53. Einen guten ersten Einblick in Kardorff-Oheimbs Mitarbeit im Berliner Landesverband gibt Heide-Marie Lauterer: Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949. Königstein/Ts. 2002, S. 297–301.

63 [Erich] Boettcher an K. v. Kardorff, 7.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 78. Mit ihrer Antwort vom 10.1.1946 erklärte Kardorff-Oheimb ihren Beitritt, ebd., Bl. 79. Hinweis auf Kardorff-Oheimbs doppelte Mitgliedschaft in Schöneberg und Wilmersdorf in: [Friedrich] Kruspi (Vorsitzender LDP-Bezirksverband Wilmersdorf) an K. v. Kardorff, 14.11.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 196.

64 Konzipiert als überparteiliches Gremium, „dem neben Frauen aller vier Parteien auch Frauen der freien Gewerkschaften“ angehörten, standen ihm vier gleichberechtigte Vorsitzende vor: Helene Beer (LDP), Elli Schmidt (KPD), Hildegard Staehle (CDU) und Toni Wohlgemuth (SPD). Chronologie. In: Renate Genth u. a. (Hrsg.): Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945–1949, S. 359–374, hier S. 362.

65 Bericht über die Frauenausschuss-Sitzung der LDP am 18.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 10f.

ehemalige Reichstagsabgeordnete sofort „gehörig“<sup>66</sup> präsentierte sich hier doch, bedingt durch die einheitliche Lizensierung des Parteiensystems, eine „bürgerliche Sammlungspartei“, die den oft beklagten Zerfall des organisierten Liberalismus in den Zwanzigerjahren zu überwinden schien.<sup>67</sup> Während die LDP insgesamt ideell und personell „klare Verbindungslien zum Weimarer Linkoliberalismus“ aufwies,<sup>68</sup> traf Kardorff-Oheimb im Berliner Landesverband auf „eine ganze Anzahl alter Volksparteieler“.<sup>69</sup> Nach zwölfjähriger Zwangspause war sie „parteiwütiger“<sup>70</sup> als je zuvor und mit ihren großen Erfahrungen gerade in der Aufbauphase einer Partei-Frauenorganisation sowie ihrer hohen Bekanntheit für den Frauengruppenverband der Berliner LDP von besonderem Nutzen.<sup>71</sup> Am 11. Februar wurde sie von der Frauenarbeitsgemeinschaft als deren Vertreterin für den engeren Vorstand des Landesverbandes Berlin gewählt. Doch musste sie im Frühjahr krankheitsbedingt ihre politische Tätigkeit für längere Zeit ruhen lassen, sodass zunächst die an zweiter Stelle gewählte Marga Müller-Kopsch und nach einer Neuwahl im April Magda Schrödter dieses Amt übernahm.<sup>72</sup>

Wieder genesen, widmete sich Kardorff-Oheimb mit Verve der Parteiarbeit, woraufhin sie am 2. Juli 1946 zur ersten Vorsitzenden der Frauenarbeitsgemeinschaft gewählt wurde. Kurzentschlossen funktionierte sie ihre Wohnung in der Xantener Straße wegen der dringend notwendigen Wahlarbeit – im Herbst 1946 standen die ersten Kommunal- und Landtagswahlen an – in ein „Notsekretariat“ für die LDP-Frauen um und „stiftete“ für dessen Arbeit 3.000 RM,<sup>73</sup> bis der Landesverband Ende 1946 das dringend gefor-

66 K. v. Kardorff an [Erich] Boettcher, 10.1.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 79.

67 Papke: Die Liberal-Demokratische Partei (wie Anm. 62), S. 27. Dabei zeigte sich im Lauf des Formierungsprozesses, dass „die parteibildende Tradition der DVP [...] gebrochen war“. Ebd., S. 29.

68 Jürgen Fröhlich: Die LDPD 1945-1990: Liberaldemokraten in der DDR zwischen hoffnungsvollem Beginn, langer Agonie und überraschender Wende. In: Walter Scheel/Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung – Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 125-140, hier S. 125.

69 K. v. Kardorff-Oheimb an Wilhelm Ziegler, 7.8.1947, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 213. Zur überproportionalen Zahl ehemaliger DVP-Mitglieder in der Berliner LDP vgl. Papke: Die Liberal-Demokratische Partei (wie Anm. 62), S. 28; Schwarz: Die Berliner Liberalen (wie Anm. 62), S. 57-66.

70 Bericht über die Plenarsitzung der Frauenarbeitsgemeinschaft am 20.1.1947, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 67 f.

71 Bericht über die Plenarsitzung des Frauenausschusses des Landesverbandes der LDP am 11.2.1946, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 13-15.

72 Berichte über die Plenarsitzungen am 11.2.1946 u. 10.4.1946, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 13-15 u. Bl. 48. Vgl. Lauterer: Parlamentarierinnen (wie Anm. 62), S. 298.

73 K. v. Kardorff an C. H. Schwennicke, 5.10.1946 (mit einer „Unkostenauflistung für das Notsekretariat der Frauenarbeitsgemeinschaft der LDP“, 1.7.-30.9.1946), BArchK, N 1039, Bd. 69, Bl. 65 f.; s. a. dies. an Magda Schrödter, 19.9.1946, ebd., Bd. 70, Bl. 58.

derte Frauensekretariat hauptamtlich einrichtete.<sup>74</sup> Den Bogen ihrer Parteiarbeit spann sie von politischen Schulungskursen über direkte Mitgliederwerbung und Wahlagitation bis zu sozialen Hilfsangeboten wie Speisungen für alte Menschen und die Einrichtung von Nähstuben und Kindergärten, sprach in einer großen Anzahl von Versammlungen in und außerhalb Berlins und schulte über 500 Mitglieder in politischer Arbeit.<sup>75</sup> Damals wurde sie auch Vorstandsmitglied in dem von Agnes von Zahn-Harnack, der letzten Vorsitzenden des früheren Bundes Deutscher Frauenvereine, gegründeten Wilmersdorfer Frauenbund 1945 und stellte in einer durch diesen am 3. August 1946 organisierten Wahlveranstaltung das Programm der LDP vor.<sup>76</sup>

In ihrer Tätigkeit als Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der Berliner LDP sah sich Kardorff-Oheimb von verschiedenen Seiten her eingeschränkt. Zunächst stieß sie gleich zu Beginn auf Widerstände im Vorstand der Frauenarbeitsgemeinschaft. Von dessen neun Mitgliedern fochten drei – Helene Beer, Magda Schroedter und Wilhelmine Schirmer-Pröscher – ihre Wahl zur alleinigen Vorsitzenden an und erhoben Anspruch auf einen kooperativen Vorsitz von Beer und Schroedter; erst am 22. August 1946, d. h. mehr als sieben Wochen nach der Wahl, wurde Kardorff-Oheimb als erste Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft bestätigt.<sup>77</sup> Hinzu kamen Abstimmungsprobleme mit der Parteiführung, welche die Frauenarbeitsgemeinschaft einerseits, in den Worten Kardorff-Oheimbs, „mit bürokratischer Beengung in der Arbeit zu hindern“ tendiere<sup>78</sup> und andererseits zu wenig „[f]ür die Frauen und ihre Gleichberechtigung und ihre ungeheuerliche Macht der Zahl“ in den eigenen Reihen zu tun bereit sei.<sup>79</sup> Bei den Kandidatenaufstellungen vor den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 20. Oktober 1946 war nur ein Viertel der 20 Plätze von Frauen besetzt, was zwar ein höherer Anteil als bei CDU (20,7 %) und SED (15,36 %), von

74 Jahresbericht 1946 der Frauenarbeitsgemeinschaft im Landesverband Berlin der LDP, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 63-65.

75 Ebd.

76 Zum Kontext von Gründung und weiterer Entwicklung des Wilmersdorfer Frauenbundes 1945 vgl. ausführlich Irene Stoehr: Traditionsbewusster Neuanfang. Zur Organisation der alten Frauenbewegung in Berlin 1945–1949. In: Genth u. a. (Hrsg.): Frauenpolitik (wie Anm. 64), S. 193-225. Außer Kardorff-Oheimb sprachen am 3.8.1946 Louise Schröder (SPD), Hilde von der Gablentz (CDU) und „Frau Dr. Lemke“ (SED). Ebd., S. 207 f. Wann genau Kardorff-Oheimb Vorstandsmitglied wurde, geht aus den überlieferten Drucksachen des Vereins nicht hervor, definitiv nahm sie ab September 1946 an Vorstandssitzungen teil. Landesarchiv Berlin (LAB), B Rep. 236-07, Nr. 311, 312, 316, 317 u. 319.

77 Jahresbericht 1946 (wie Anm. 74); K. v. Kardorff an Wilhelm Külz, 26.7.1946, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 182.

78 K. v. Kardorff an Arthur Lieutenant, 25.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 69, Bl. 76.

79 K. v. Kardorff an Anton Schöpke, 4.11.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 47.

einer paritätischen Gleichberechtigung aber weit entfernt war.<sup>80</sup> Gegenüber einer Freundin in Magdeburg klagte Kardorff-Oheimb in diesem Zusammenhang: „Man kann in Berlin ruhig sagen, die Frauen schaufeln weiter und die Männer treiben weiter Politik.“<sup>81</sup> Vor allem aber empfand sie es als persönlichen Affront, dass ihr erst nach erheblichen Debatten eine Position an nur 12. Stelle der Stadtliste angeboten wurde.<sup>82</sup> Auch wenn der LDP bei den Wahlen als schwächster Fraktion genau zwölf Mandate – drei davon an Nora Melle, Magda Schroedter und Ella Barowsky – zufielen, konnte dieser Listenplatz nicht als aussichtsreich gelten, weshalb Kardorff-Oheimb sich nach anfänglichem Zögern gegen eine Kandidatur für die Berliner Stadtverordnetenversammlung entschied. „Auf keinen Fall habe ich Lust, mich zu blamieren, darauf können Sie sich verlassen[,] und meine tadellose politische Weste zum Schluß meines Lebens in Gefahr zu bringen.“<sup>83</sup>

Über die parteiinternen Querelen hinaus erwies sich indessen die wachsende Dominanz von Seiten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) als die größte Belastung. Im Bereich der politischen Frauenorganisationen setzte diese ihren Machtanspruch in Form des Demokratischen Frauenbunds (DFD) durch. Zu dessen Gründung, die am 9. März 1947 in Berlin erfolgen sollte, bildete sich im Dezember 1946 ein Vorbereitungskomitee unter dem Vorsitz der parteilosen Anne Marie Durand-Wever – einem früheren Vorstandsmitglied von Kardorff-Oheimbs Nationaler Arbeitsgemeinschaft. Diesem Komitee gehörte die Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der LDP Berlin, von dem „überparteilichen Charakter“ der zu gründenden Organisation ausgehend, zunächst ebenfalls an.<sup>84</sup> Als die Steuerung der Initiative durch die SED immer deutlicher hervortrat, erklärte sie Ende Januar 1947 ihren Austritt.<sup>85</sup> Da etwa zur selben Zeit ein Gründungsaufruf des DFD mit ihrem Namen erschien,<sup>86</sup> distanzierte sie sich vom neuen Verband und er-

80 Auch in Relation zu den Mitgliederzahlen war die Quote hoch. 1945/46 waren etwa 20 % der Berliner LDP-Mitglieder Frauen. Schwarz: Die Berliner Liberalen (wie Anm. 62), S. 93.

81 K. v. Kardorff an Mayken Fischer, 11.9.1946, ebd., Bd. 68, Bl. 98.

82 K. v. Kardorff an Liesel Beyer, 11.9.1946, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 31. Vgl. LDP-Kandidaten für Berlin. In: *Der Morgen*, Nr. 214, 13. September 1946, S. 1.

83 K. v. Kardorff an Karl Trucksäss, 11.9.1946, BArchK, N 1039, Bd. 69, Bl. 51. Kurz darauf teilte sie ihren Entschluss gegen eine Kandidatur mit. Dies. an Erich Boettcher, 16.9.1946, ebd., Bd. 68, Bl. 62. Zur Kandidatenaufstellung im Berliner Landesverband (LV) vgl. Schwarz: Die Berliner Liberalen (wie Anm. 62), S. 106-125.

84 Erklärung K. v. Kardorffs im Tagesspiegel vom 28[!].2.1947, zitiert nach Frauensekretariat der LDP im LV Berlin an die Vorsitzenden der Frauenarbeitsgemeinschaften in den Bezirken des LV Berlin der LDP, 27.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 77 f.

85 K. v. Kardorff an A. Durand-Wever, 30.1.1947, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 77; s. a. dies. an Luise Schroeder, 16.2.1947, ebd., Bd. 71, Bl. 73. Vgl. Rita Pawlowski: Der Demokratische Frauenbund (DFD). In: Genth u. a. (Hrsg.): Frauenpolitik (wie Anm. 64), S. 75-104, hier S. 77-87.

86 Abgedruckt in Pawlowski: Der Demokratische Frauenbund (wie Anm. 85), S. 81.

klärte sich zur dezidierten Gegnerin einer Organisation, in der „von einer Partei ein vollkommen ungerechtfertigter Führungsanspruch [...] geltend gemacht wurde, und daß man darüber hinaus zum Grundpfeiler der Arbeit weltanschauliche Tendenzen zu machen versuchte, die ich unter keinen Umständen billigen konnte“.<sup>87</sup>

Während Kardorff-Oheimb somit zu Beginn des Jahres jeglicher Mitarbeit am DFD eine explizite Abfuhr erteilte, blieb die Frage einer Mitwirkung in der neuen Organisation partiintern umstritten. Der Vorstand des Landesverbandes Berlin zog sich weiterhin auf eine „beobachtende Rolle“ zurück, „bis die erforderliche Klarheit über Weg und Ziel dieser Bewegung geschaffen“ sei,<sup>88</sup> und die „Reichsparteileitung“ gestattete den Mitgliedern der LPD eine Mitarbeit im DFD zumindest als „Privatpersonen“.<sup>89</sup> Auf Seiten der Frauenarbeitsgemeinschaft waren es insbesondere Helene Beer und Wilhelmine Schirmer-Pröscher, die für eine Mitarbeit im DFD plädierten, wobei sich erstere nach vergeblichen Versuchen, das Amt der Generalsekretärin für die LDP zu beanspruchen, zunehmend desillusioniert zeigte.<sup>90</sup> In diese Diskussionen im Frühjahr 1947 aber war Kardorff-Oheimb schon nicht mehr involviert. Zeitgleich oder bald nach ihrem Rückzug aus dem Vorbereitungskomitee des DFD entschied sie, ihren Vorsitz der Frauenarbeitsgemeinschaft der LDP im Landesverband Berlin abzugeben – zu hoch waren die körperlichen Belastungen, als zu erfolgs- und aussichtslos erachtete sie auch ihr Engagement:

Freunde feiern mich als eine standhafte und sich durchkämpfende Person. Sie irren sich aber gewaltig, denn ich bin müde und total abgekämpft. Ich scheitere an dem Menschenmaterial in dieser Partei, die in ihrem Programm die Rettung Deutschlands sein könnte, aber alles erstickt unter dem Zwang der Verhältnisse: Hunger, Kohlen, Mißgunst, Mangel an historischen Kenntnissen und das öde Feld der deutschen Gehirne, das durch die Hitlerzeit geistig unbeachtet und verseucht ist. [...] Vielleicht bin ich viel zu früh mit Geld und Optimismus in diese Arbeit eingestiegen; auf jeden Fall fühle ich mich wie ein Schiffbrüchiger, der vielleicht vorübergehend von den stärkeren Wellen des Nichtkönns der Mehrheit auf den Sand geworfen ist.<sup>91</sup>

Wiederholt betonte Kardorff-Oheimb ihre große politische Erfahrung und Bekanntheit oder äußerte Kritik an der vermeintlichen politischen Unerfahrenheit bzw. Orientierungslosigkeit der Generation „zwischen 40 und 50 Jahren“.

87 Erklärung K. v. Kardorffs im Tagesspiegel vom 28.2.1947 (wie Anm. 84).

88 Rundschreiben vom 16.1.1947 über den Vorstandsbeschluß, zitiert nach Frauensekretariat der LDP im LV Berlin an die Vorsitzenden der Frauenarbeitsgemeinschaften in den Bezirken des LV Berlin der LDP, 27.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 77 f.

89 Schreiben vom 12.2.1947, ebd., Bl. 77.

90 Vgl. Pawłowski: Der Demokratische Frauenbund (wie Anm. 85), S. 92 f.

91 K. v. Kardorff an Dorothee Wendt, 18.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 46.

re“.<sup>92</sup> Vor den Wahlen im Oktober 1946 formulierte sie auch den Eindruck, „daß vorläufig alle Parteien nur eine Ansammlung von Männern und Frauen sind, die erst durch ihre Arbeit beweisen müssen, daß sie von ihrer eigenen Weltanschauung überhaupt eine Ahnung haben.“<sup>93</sup> Gegenüber einem politischen Führer wie dem Parteivorsitzenden Wilhelm Külz, der in ihren Worten „kein Suchender mehr“ sei, müssten „diese jungen Herren [...] ja erst den Beweis erbringen, daß sie wirklich Politiker sind“.<sup>94</sup> In einer stark den Kategorien der Zwischenkriegszeit verhafteten Vorgehens- und Ausdrucksweise sowie durch häufige Rückbezüge auf die Traditionen und Kontakte ihrer vergangenen Leistungen bot sie ihren politischen Gegnern und Gegnerinnen eine Angriffsfläche. Nach Auseinandersetzungen auf der Sitzung des Vorbereitenden Komitees für den DFD sah sie sich – wie viele bürgerliche Politiker und Politikerinnen, die sich der versuchten Umklammerung durch die kommunistische Seite entgegenstellten – dem Vorwurf ausgesetzt, „reaktionär“ zu sein. Hierüber korrespondierte sie unter anderem mit Maria Rentmeister, Sekretärin für Frauenarbeit der KPD/SED und Mitglied im Zentralen Frauenausschuss, die in ihrer Antwort Kardorff-Oheimbs Eignung als Politikerin der Nachkriegszeit unmissverständlich in Frage stellte: „Auch eine bedeutende Vergangenheit schließt nicht ohne weiteres ein, dass man den Zugang zu neueren Entwicklungen findet.“<sup>95</sup> Selbst in den Reihen ihrer eigenen Partei rief sie regelmäßig Irritationen hervor. So leistete sie sich „mit Vorliebe Verwechslungen, die zwar zweifelsohne geistreich sein können, die aber doch recht unangenehme Folgen haben“, kritisierte Anton Schöpke vom Berliner Landesverband die Parteifreundin.

Dazu gehört z.B., daß Sie ständig „Zentrum“ statt CDU sagen, „Kommunisten“ statt SED und leider auch, wie ich sah, „Volkspartei“, statt LDP [...]. Sie sind zu stolz, um diese Vorsicht und Korrektheit als notwendig anerkennen zu wollen, und doch müssen auch Sie sich danach richten. [...] Katharina von Kardorff ist zu bekannt, als daß sie damit rechnen könnte, daß familiäre oder sonstige Redewendungen tout en famille blieben. Das ist die Kehrseite des Ruhmes, der Ihnen in Ihrem Leben bisher so überreich geworden ist.<sup>96</sup>

Auf der Plenarversammlung der Frauenarbeitsgemeinschaft der Berliner LDP am 19. März 1947 stellte sich Kardorff-Oheimb nicht wieder zur Wahl, nahm aber den ihr nach der Wahl von Nora Melles zur neuen Vorsitzenden

92 K. v. Kardorff an Arthur Lieutenant, 25.10.1946, BArchK, N 1039, Bd. 69, Bl. 76.

93 K. v. Kardorff an Heinz Ullmann, 13.9.1946, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 143.

94 Ebd.

95 M. Rentmeister an K. v. Kardorff, 5.2.1947, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 29 (Schreiben Kardorff-Oheimbs ebd., Bl. 25).

96 Anton Schöpke an K. v. Kardorff, BArchK, N 1039, Bd. 70, Bl. 54.

angebotenen Ehrenvorsitz an.<sup>97</sup> Als Mitglied der LDP, wenn auch ohne expliziten Auftrag, reiste sie im Frühjahr 1947 nach Bad Boll zur Interzonalen Frauenkonferenz (20.–23. Mai). Dieses erste größere Frauentreffen in den Westzonen war – in Reaktion auf die Gründung des DFD mit gesamtdeutschem Anspruch – von der amerikanischen Militärregierung initiiert worden und versammelte „unter Beteiligung von amerikanischen und englischen Gästen“ etwa zweihundert Frauen aus allen vier, insbesondere aber den drei westlichen Besatzungszonen.<sup>98</sup> Ende April rückte die liberale Politikerin für den verstorbenen Alfred Pankow in den LDP-Landesvorstand nach,<sup>99</sup> nahm auch am Parteitag in Eisenach im Juli 1947 noch teil und schrieb anschließend an Freunde, dass sie dort zwar „persönlich gut abgeschnitten“ habe, „aber – ich möchte sagen – so etwas als geistiges Märchen aus früherer Zeit, teils angebetet, teils als zu reaktionär abgelehnt“ worden sei.<sup>100</sup> Im Nachklang dieses Parteitags, auf dem Delegierte des Berliner Landesverbands dem wiedergewählten Vorsitzenden der LDP Külz eine opportunistische Haltung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht und den deutschen Kommunisten vorgeworfen hatten, beschloss Kardorff-Oheimb – „instinktiv“, wie sie an Liesel Beyer vom Landesverband schrieb –, aus der Partei auszutreten.<sup>101</sup> Einer Pressemeldung vom 10. August 1947 zufolge begründete sie ihren Schritt damit, dass „die LDP unter Herrn Dr. Külz trotz der Opposition von Schwennicke und Schöpke die gleiche verhängnisvolle Linie“, die der DFD bereits in seiner „unterwürfig[en]“ Klammerung an die SED verfolgt habe, nicht verlasse.<sup>102</sup> In der bald darauf erfolgten Sezession und schließlich Spaltung des Berliner Landesverbands der LDP spielte sie keine Rolle mehr.<sup>103</sup>

- 97 Bericht über die Plenarversammlung der Frauenarbeitsgemeinschaft der LDP im LV Berlin, 19.3.1947, BArchK, N 1039, Bd. 71, Bl. 79-86, hier Bl. 85; Aus der Partei. In: Der Morgen, Nr. 100, 30.4.1947; Der Vorstand des LV Berlin. In: LDP-Informationen, Nr. 22, 22.8.1947, S. 4.
- 98 Diese waren Vertreterinnen der damals bestehenden 42 Frauenausschüsse und -verbände, ihrerseits meist „überregionale Zusammenschlüsse lokaler Gruppen“. Elke Schüller: „Frau sein heißt politisch sein“. Wege der Politik von Frauen in der Nachkriegszeit am Beispiel Frankfurt am Main 1945–1956. Königstein/Ts. 2005, S. 293.
- 99 Horst Dähn: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. In: Broszat/Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch (wie Anm. 23), S. 544-573, hier S. 562 f.
- 100 K. v. Kardorff an Georg u. Frida Hahn, 11.7.1947, BArchK, N 1039, Bd. 59, o. Bl.
- 101 K. v. Kardorff an Liesel Beyer, 12.9.1947, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 33. Vgl. Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (wie Anm. 62), S. 36-40.
- 102 Austritt aus der LDP. In: Der Telegraf, 10.8.1947.
- 103 Jürgen Dittberner: Die FDP: Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. Wiesbaden 2005, S. 149 f.

### III. Der Arbeitskreis für deutsche Verständigung und die Deutsche Sammlung

Als Kardorff-Oheimb 1948 Berlin verließ, bedeutete dies das Ende weiterer Aktivitäten, mit denen sie versucht hatte, an alte Fäden ihres einst so weitgefächerten Engagements wiederanzuknüpfen. Zum Beispiel hatte sie im Frühjahr 1947 mit mehreren Personen die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft für europäische Politik“ besprochen,<sup>104</sup> stand in verstärktem Austausch mit verschiedenen Organisationen, die sich der Idee einer europäischen Einigung verschrieben, und erneuerte auch ihren Kontakt zu Richard Coudenhove-Kalergi, dessen Panneuropa-Union sie Mitte der 1920er Jahre unterstützt hatte.<sup>105</sup> Mit Rudolf Gabbe, Inhaber und Leiter einer privaten „Vorbereitungsanstalt für Abitur, Mittelschulreife und andere Schulziele“,<sup>106</sup> hatte sie „Bildungskurse für europäische Lebensgemeinschaft“ entwickelt und an seiner Lehranstalt einen neu eingerichteten „Lehrstuhl für Europafragen“, der im Januar 1948 sein Programm aufnahm, geleitet.<sup>107</sup>

In Berlin, wo sie vielen früheren Bekannten aus der Politik begegnet und, trotz aller Herausforderungen und Konflikte, in hohem Maße in das Geschehen involviert war, fühlte sich Kardorff-Oheimb politisch verwurzelt. Im Westen hingegen fiel ihr – auch wenn ihre „persönliche Heimat am Rhein“ lag<sup>108</sup> – der Anschluss von vornherein schwer. „Wenn ich mitten in einem Parteibetrieb sitzen würde, würde ich mich am wohlsten fühlen“, schrieb sie im Februar 1949 aus Freudenstadt. „Aber in allen Städten“, so ihre Einschätzung, „habe ich vier Feinde, die Kommunisten, die Frauen, besonders Akademikerinnen, die LDP, weil ich ausgetreten bin, und die CDU, weil ich zweimal geschieden bin.“<sup>109</sup> Im Mai 1948 hatte sie noch am Interzonalen Frauenkongress in Frankfurt am Main teilgenommen,<sup>110</sup> eine persönliche

104 Franz Gensecke an K. v. Kardorff, 14.4.1947, BArchK, N 1039, Bd. 68, Bl. 113.

105 K. v. Kardorff an Richard Coudenhove-Kalergi, 27.11.1947, BArchK, N 1039, Bd. 73, Bl. 15. Zu Kardorff-Oheimbs Kontakten zu europäisch orientierten Organisationen siehe Materialien und Korrespondenzen ebd., Bd. 72.

106 Inserat, Berliner Adressbuch 1943, S. 740.

107 Im Nachlass von Hans Reif im Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL) befinden sich zwei Postkarten von „Gabbes Lehranstalt“ mit Informationen zu den neuen Bildungskursen und Studienkreisen: Einladung zu einer Vorbesprechung, 12.11.1947; Einladung, 26.1.1948, zu den Veranstaltungen: „Bildungskurse für europäische Lebensgemeinschaft“, Vortrag K. von Kardorff am 1.2.1948; „Deutschland im kommenden Europa“, Rudolf Gabbe am 8.2.1948; „Unser Programm“, „Studienkreis für Erwachsene“ am 4.2.1948; „Studienkreis für Jugendliche“ am 7.2.1948. ADL, Korrespondenz Hans Reif, N19-198, o. Bl.

108 K. v. Kardorff an Hilde Kriege, 10.2.1949, BArchK, N 1039, Bd. 60, o. Bl.

109 K. v. Kardorff (Freudenstadt) an „Wölfcchen“ [Johanna von Wolff], 10.2.1949, BArchK, N 1039, Bd. 67, Bl. 100.

110 Vgl. Schüller: „Frau sein heißt politisch sein“ (wie Anm. 98), S. 232 f.

Einbindung in die westdeutsche Frauenbewegung aber entwickelte sich hieraus nicht. Als sich im März 1951 in Düsseldorf unter dem Vorsitz von Hulda Pankok die Deutsche Frauenpartei konstituierte, wurde bei der Eintragung auch Kardorff-Oheimb als Vorstandsmitglied genannt,<sup>111</sup> doch stellte diese im Juni 1951 klar, „mit dieser Frauenpartei in keiner Weise mehr in Zusammenhang“ zu stehen.<sup>112</sup> Nachweislich eines Briefs vom Januar 1951 hatte Kardorff-Oheimb außerdem einen Mitgliedsantrag bei der SPD gestellt, denselben nach Widerständen in der Düsseldorfer Parteiorganisation allerdings wieder zurückgezogen.<sup>113</sup>

Zur selben Zeit war sie an einer Initiative beteiligt, die auf eine Verständigungspolitik der Bundesregierung mit dem deutschen Osten drängte. Nach der doppelten Staatsgründung war Bundeskanzler Adenauer darum bemüht, für die Bundesrepublik die volle Souveränität zu erlangen, was sich im Lauf des Jahres 1950 immer stärker an die Frage eines westdeutschen Wehrbeitrags knüpfte.<sup>114</sup> Wie andere auch war Kardorff-Oheimb im Winter 1950/51 überzeugt von der Notwendigkeit wie Möglichkeit eines Dialogs mit dem Osten, um die Spaltung Deutschlands zu überwinden und die in der Wiederbewaffnung liegende Gefahr eines Kriegs in Deutschland zu bannen – eine Sorge und Haltung, die wegen des im Sommer 1950 begonnenen Koreakriegs in der Bevölkerung weit verbreitet war.<sup>115</sup> Gemeinsam mit dem Düsseldorfer Notar Friedrich Maase<sup>116</sup> arrangierte sie am 21. Dezember 1950 eine Zusammenkunft in dessen Haus. Konkret reagierten die Initiatoren damit auf einen offenen Brief Otto Grotewohls vom 30. November 1950 an den Bundeskanzler, in dem der Ministerpräsident der DDR die Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung eines paritätisch besetzten gesamtdeutschen Rats zur Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Natio-

111 Elke Schüller: Frauenparteien. Phantasterei oder politischer Machtfaktor? In: Ariadne, Heft 37-38 (Juni 2000), S. 64-71, hier S. 67.

112 K. v. Kardorff an Bundesminister des Innern Robert Lehr, 28.6.1951, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 192. Außer diesem Schreiben gibt es in Kardorff-Oheimbs Nachlass keine Hinweise auf die Hintergründe ihrer anfänglichen Beteiligung.

113 K. v. Kardorff an Dr. Siemsen, 15.1.1951, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 230.

114 Vgl. Ulrike Hörster-Philips: Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie. Paderborn 1998, S. 714-720.

115 Georg Herbsttritt: Ein Weg der Verständigung? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/51–1955). Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 107f. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums gab es 1952 175 Organisationen, die gegen die Wiederaufrüstung tätig gewesen sein sollen. Karl A. Otto: Der Widerstand gegen die Bewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze. In: Reiner Steinweg (Hrsg.): Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution. Frankfurt a. M. 1981, S. 52-105, hier S. 52.

116 1933 war Maase mit Berufsverbot belegt und von seiner Funktion als Vorstandsmitglied der Anwaltskammer des Oberlandesgerichtsbezirks Düsseldorf entbunden worden. Hörster-Philips: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 724.

nalversammlung vorgeschlagen hatte. Der „auf sowjetische Anordnung unter Federführung Ulbrichts“ verfasste Grotewohl-Brief<sup>117</sup> folgte den Bestimmungen der Prager Deklaration, die im Oktober 1950 von der Außenministerkonferenz der europäischen sozialistischen Staaten inklusive der DDR – in Reaktion auf eine vorangegangene Außenministerkonferenz in New York und die dort geführte Diskussion um einen westdeutschen Wehrbeitrag – verabschiedet worden war und den „Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen“ in Aussicht stellte.<sup>118</sup>

Angesprochen von dieser ersten deutschlandpolitischen Großkampagne der DDR,<sup>119</sup> formulierte die Düsseldorfer Zusammenkunft einen Aufruf „zur Verständigung an alle Deutschen, damit sie – wo immer sie stehen – gleich uns an die verantwortlichen Politiker Westdeutschlands die Forderung richten, die dargebotene Verhandlungsmöglichkeit nicht auszuschlagen.“ Unter Hervorhebung der Kriegsgefahr betonten die 17 Erstunterzeichner, darunter der ehemalige Oberbürgermeister von Mönchengladbach Wilhelm Elfes, die Notwendigkeit, „jede – aber auch jede – Möglichkeit eines friedlichen Auswegs wahrzunehmen“ und „den Weg einer deutschen Verständigung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu suchen“.<sup>120</sup> Diesen auch als Flugblatt und in der Presse veröffentlichten Appell, den innerhalb einer Woche etwa 70 Personen unterzeichneten,<sup>121</sup> händigte Kardorff-Oheimb am 30. Dezember 1950 Adenauer persönlich aus.<sup>122</sup> In der Folge kam es zu scharfen Angriffen auf sie und andere Unterzeichner in der bundesdeutschen Presse, die sich im Kern um deren Kommunikationsbereitschaft mit der kommunistischen Seite drehten. Die Rheinische Post zum Beispiel unterstellte ihnen „gutgläubige Ahnungslosigkeit“ oder „charakterlose Rückversi-

117 Michael Lemke: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961. Köln/Weimar/Wien 2001, S. 134.

118 Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 722.

119 Vgl. Lemke: Einheit oder Sozialismus? (wie Anm. 117), S. 134.

120 Text und Namen der 17 Erstunterzeichner (handschriftlich ergänzt um vier weitere Personen) des am 21.12.1950 verfassten Aufrufs in: BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 2 f. Vgl. Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 724. Zu den Aktivitäten des Arbeitskreises für deutsche Verständigung und der aus diesem hervorgehenden Deutschen Sammlung bis zur Gründung des Bundes der Deutschen vgl. ausführlich ebd., S. 767-804; und Albert Esser: Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker. Mainz 1990, S. 200-202, 217-246.

121 Die Unterzeichnerliste findet sich als Anlage 1 zum Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) vom 6.2.1951, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Slg. Personalia Kardorff-Oheimb; ein Abdruck des Aufrufs und seiner Unterzeichner ist online einsehbar auf dem Portal Europeana Collections, Url: <[www.europeana.eu/portal/record/2022022/2/11088\\_F8E06910\\_D0C9\\_4824\\_A880\\_973750C8456D.html](http://www.europeana.eu/portal/record/2022022/2/11088_F8E06910_D0C9_4824_A880_973750C8456D.html)> (25.2.2016).

122 K. v. Kardorff an Hans Boeckler, 1.1.1951, BArchK, N 1039, Bd. 55, Bl. 102.

cherungsabsicht“ gegenüber dem Osten,<sup>123</sup> was Kardorff-Oheimb in einem Schreiben an die Schriftleitung der Zeitung zurückwies:

In dem „Appell“ steht nicht, daß der Grotewohl-Brief zustimmend beantwortet werden soll, sondern man bittet den Bundeskanzler, den Brief zu beantworten. Wenn der „Appell“ mit dem Kommunismus irgend etwas zu tun gehabt hätte, würde das Wort auch genannt worden sein. Wenn Sie annehmen, daß ich persönlich aus Feigheit eine Rückversicherung beabsichtige oder auch nur an dieselbe gedacht hätte, so kennen Sie die deutsche Geschichte seit 1918 nicht. Ich habe nicht einmal persönlichen Mut bewiesen sondern des öfteren und es wäre vielleicht doch praktisch für Ihre Zeitung, sich erst nach den Personen zu erkundigen, die Sie ohne weiteres in geschmackloser Weise herabsetzen wollen.<sup>124</sup>

Zweifelsohne waren Mitglieder der KPD bereits in das erste Düsseldorfer Treffen involviert: namentlich die Wuppertaler KPD-Bundestagsabgeordnete Grete Thiele, eine der wichtigsten Persönlichkeiten aus der Führungsriege der KPD, die Elfes die Einladung übermittelt hatte,<sup>125</sup> sowie Oskar Neumann, Mitglied der KPD in München, der zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehörte.<sup>126</sup> Trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung kommunistischer Gesellschaftssysteme äußerte Kardorff-Oheimb keine Bedenken gegen eine solche Zusammenarbeit, solange sich diese darauf konzentrierte, für eine Verständigung mit der ostdeutschen Seite zu werben und selbst in diesem Sinne aktiv zu werden, um die endgültige Spaltung Deutschlands und einen erneuten Krieg zu verhindern.<sup>127</sup>

Am 4. Februar 1951 konstituierten 40 bis 50 Personen im Frankfurter Inselhotel den „Arbeitskreis für deutsche Verständigung und einen gerechten Friedensvertrag“. Zwar nahm Kardorff-Oheimb an dieser Versammlung persönlich nicht teil, wurde aber neben Wilhelm Elfes, Hermann Geissen, Friedrich Maase und Oskar Neumann ins engere Präsidium gewählt.<sup>128</sup> Bis zum

123 Artikel vom 16.1.1952, zitiert nach: Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 725.

124 K. v. Kardorff an die Schriftleitung der Rheinischen Post, 16.1.1951, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 222.

125 Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 201 f. Hans-Erich Volkmann bewertet bereits den Arbeitskreis (ohne Erwähnung von Kardorff-Oheimb) als von der SED „im Zuge der deutschlandpolitischen Aktivitäten Grotewohls Ende 1950 seitens der Nationalen Front der DDR initiiert.“ Hans-Erich Volkmann: Die innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG-Phase. In: Lutz Köllner (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Bd. 2: Die EVG-Phase. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. München 1990, S. 235–604, hier S. 426.

126 BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 3. Spätestens im Juni 1952 war mit Hans Blank außerdem ein weiteres KPD-Mitglied Geschäftsführer des Arbeitskreises. Hinweis in K. v. Kardorff an [Hans] Blank, 6.6.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 61. Vgl. Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 223.

127 Vgl. Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 725 f.

128 Ebd.

Juni 1952 spielte sie eine zentrale Rolle in den Unternehmungen des Arbeitskreises, der anfänglich auch „Kardorff-Kreis“ genannt wurde,<sup>129</sup> da sie von allen Erstunterzeichnern den bekanntesten Namen hatte. Verstärkt in die Öffentlichkeit trat der Arbeitskreis, als die ersten beiden Stalin-Noten mit ihrem Angebot von Verhandlungen über die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands die politische Debatte im Frühjahr 1952 neu anheizten.<sup>130</sup> Ende März initiierte er eine große Versammlung von Wiederbewaffnungsgegnern in Mönchengladbach: den „Kongress für deutsche Verständigung – für einen gerechten Friedensvertrag“. In dessen Zentrum stand ein Referat von Wilhelm Elfes, der mit Kardorff-Oheimb, Maase und anderen beauftragt wurde, eine „Willenserklärung“ des Kongresses an Parlament und Regierung sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR zu überbringen. Während der Bundestagspräsident Hermann Ehlers das Ansinnen zurückwies, empfingen am 24. April Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann und anschließend der Ministerrat der DDR unter Leitung Otto Grotewohls die kleine Delegation.<sup>131</sup>

In der Aussprache mit der DDR-Führung beschränkte sich Kardorff-Oheimb auf einführende Worte und kurze Kommentare, während Maase und insbesondere Elfes die hauptsächlichen inhaltlichen Ausführungen übernahmen.<sup>132</sup> Auch lassen die diesbezüglich überlieferten Briefe Kardorff-Oheimbs kritische Reflexionen der Begegnung im Nachhinein vermissen – wobei berücksichtigt werden muss, dass die Politikerin im Zuge ihrer späteren strafrechtlichen Verfolgung etliche Unterlagen zu ihrer Tätigkeit im Arbeitskreis vernichtete.<sup>133</sup> So finden sich in ihrem Nachlass nur ein paar ‚private‘ Briefe, die Kardorff-Oheimb am 14. Mai an ostdeutsche Regierungsvertreter, denen sie in Berlin begegnet war, schrieb und die vor allem verdeutlichen, wie sehr sie einem zunehmend abstrakt werdenden deutschen Einheitsgedanken anhing und ihre alte Wirkungsstätte Berlin vermisste.

129 Bericht des BfV vom 6.2.1951 (wie Anm. 121).

130 Die erste Note stammte vom 10.3.1952, die zweite folgte am 9.4.1952. Die historische und politische Forschung hat sich intensiv mit der Frage befasst, inwieweit es sich bei den sowjetischen Noten um ein ernstzunehmendes Angebot gehandelt hat. Vgl. u. a. Bernd Bonwetsch: Die Stalin-Note 1952 – kein Ende der Debatte. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008, S. 106-113; Edgar Wolfrum: Die Bundesrepublik Deutschland (1949–1990). Stuttgart 2005, S. 162-169; Jürgen Zarusky (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. München 2002.

131 Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 217-219.

132 Vgl. Gesamtdeutsches Gespräch beim Ministerrat der DDR. In: Tägliche Rundschau, Nr. 98, 26.4.1952; Deutsche sprachen zu Deutschen. Gesamtdeutsche Aussprache vor dem Ministerrat der DDR. In: Der Morgen, Nr. 99, 27.4.1952 (Beiblatt). Der Delegation gehörten außerdem Hermann Tomkowitz und Dietrich Manger an. Handeln, ehe es zu spät ist! In: Sächsisches Tageblatt, 28.4.1952, Presseausschnitt in BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 9.

133 Hinweis in K. v. Kardorff an Felix Shinnar, 22.7.1955, BArchK, N 1039, Bd. 60, o. Bl.

Noch ganz unter dem Eindruck ihres Aufenthalts stehend, dankte sie Dieckmann für die erbotene „Gastfreundschaft“ und „Liebenswürdigkeit“: „Es war so schön dort, und ich bin so kritisch hingereist und so erlöst wiedergekommen.“ Im Westen hingegen stößt sie in Gesprächen mit Bekannten und Verwandten „auf lächerliche Ablehnung und unwürdige Schimpferei.“<sup>134</sup> Auch gegenüber Minister Karl Hamann – wie Dieckmann der LDP zugehörig, die inzwischen als Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) firmierte – klagte sie, dass sie in Westdeutschland nur wenige Menschen kenne, „die mich verstehen.“<sup>135</sup> „Bei der Offenheit meiner Sprache“, so schrieb sie im selben Sinne an Grotewohl, „stosse ich selbst die Freunde vor den Kopf, und ich möchte doch so gern, dass sie hier von dem unheilvollen Gedanken befreit werden, dass der Osten uns ruiniert.“<sup>136</sup> Oberbürgermeister Fritz Ebert gegenüber bestärkte sie schließlich ihre schon während der Aussprache geäußerte Begeisterung über die Aufbaumaßnahmen, welche der Delegation in Ost-Berlin präsentiert worden waren: „Ich habe mich wirklich gefreut über die grossartigen Anlagen Ihrer Bautätigkeit.“<sup>137</sup> So lässt sich der Eindruck nicht verwehren, dass Kardorff-Oheimb jenen Instinkt, der sie aufgrund einer zu starken Anlehnung der LDP an die SED 1947 aus der Partei hatte austreten lassen, nun vermissen und sich wie die restliche Delegation „für die Propagierung des Friedens- und Einheitswillens der DDR-Regierung“ einspannen ließ.<sup>138</sup> Im Nachklang ihrer Reise überlegte sie sogar, in Berlin oder Dresden Mitglied der ostdeutschen Liberal-Demokratischen Partei zu werden,<sup>139</sup> wobei ihr die um Rat gebetene Gertrud Thürmer, Mitglied der LDPD-Fraktion im sächsischen Landtag und Schwägerin von Johannes Dieckmann, riet, sich das in ihrem eigenen Interesse wohl zu überlegen.<sup>140</sup>

Während die Mitglieder der Delegation – wie viele ihrer Zeitgenossen – in den sowjetischen Noten und den Äußerungen von Vertretern der DDR-Staatsführung eine zumindest prüfenswerte Verhandlungsgrundlage sahen, forcierte die Bundesregierung den eingeschlagenen Weg der Westbindung, um für die Bundesrepublik die staatliche Souveränität zu erlangen. Im Zentrum dieser Politik stand der – auch Generalvertrag genannte – Deutschland-

134 K. v. Kardorff an Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann, 14.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 97.

135 K. v. Kardorff an Minister Hamann, 14.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 158.

136 K. v. Kardorff an Otto Grotewohl 14.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 147.

137 K. v. Kardorff an Fritz Ebert, 14.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 116. Vgl. Gesamtdeutsches Gespräch beim Ministerrat der DDR. In: Tägliche Rundschau, Nr. 98, 26.4.1952.

138 Reinhold Lütgemeier-Davin: Wilhelm Elfes – Ein CDU-Politiker gegen die Wiederaufrüstung. In: Detlef Bald/Wolfram Wette: Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955. Essen 2008, S. 87-105, hier S. 96.

139 K. v. Kardorff an Gertrud Thürmer (Dresden), 3.6.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 271.

140 Gertrud Thürmer an K. v. Kardorff, 4.7.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 272.

vertrag zwischen den drei westlichen Alliierten und der Bundesrepublik, der das bis dahin geltende Besetzungsstatut ablöste und mit dessen Inkrafttreten der Beitritt der Bundesrepublik in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verbunden war. Fünf Tage vor seiner Unterzeichnung am 26. Mai 1952 hatten Kardorff-Oheimb, Elfes und Maase Bundeskanzler Adenauer in einem Brief „beschworen, den Generalvertrag nicht zu unterschreiben.“<sup>141</sup> In der Absicht, die westdeutschen Proteste gegen die Wiederbewaffnung zu bündeln, lud das Dreiergespann im Namen des Arbeitskreises verschiedene neutralistische Gruppen zu einer Beratung über Möglichkeiten der Zusammenarbeit für den 29. Juni 1952 nach Dortmund ein. Mehr als 200 Teilnehmer aus heterogenen Kontexten folgten der Einladung und riefen die „Deutsche Sammlung – Bewegung für Einheit, Frieden und Freiheit“ ins Leben.<sup>142</sup> Diese wandte sich als außerparlamentarische Bewegung gegen den noch nicht ratifizierten Generalvertrag – und wurde wie zuvor der Arbeitskreis als „kommunistische Tarnorganisation“ vom Verfassungsschutz überwacht.<sup>143</sup>

Mit der Gründung der Deutschen Sammlung geriet Kardorff-Oheimb zunehmend in den Hintergrund, denn inzwischen hatte Elfes mit seinem früheren Parteifreund aus dem Zentrum und ehemaligem Reichskanzler Joseph Wirth, der mit einer Reise in die DDR 1951 für viel Aufsehen gesorgt hatte, für die Bewegung ein prominentes Aushängeschild gewonnen.<sup>144</sup> Kurz vor der Gründungsversammlung organisatorisch eingebunden, besetzte Wirth gemeinsam mit Elfes, Kardorff-Oheimb, Maase und Charlotte Fleischmann das fünfköpfige Präsidium der Deutschen Sammlung.<sup>145</sup> Im Zuge der engen Zusammenarbeit zwischen Wirth und Elfes, „den beiden alten Männern aus Freiburg und M. Gladbach“,<sup>146</sup> sah sich die ehemalige Reichstagsabgeordnete „systematisch ausgeschlossen“.<sup>147</sup> Doch diente sie der Sammlung auch weiterhin als bekanntes liberales Aushängeschild, nachdem sie sich bei dem Geschäftsführer des Arbeitskreises Blank Anfang Juni über die einseitige Orientierung in Richtung einer Partei – der KPD – beschwert hatte: Es sei nicht in ihrem Sinne, „wenn wir nur für eine Partei werben und eine Partei in

141 Esser: Wilhelm Elfes, S. 221.

142 Ausführlich dargestellt in Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 770-774.

143 Im Archiv der sozialen Demokratie ist ein ausführlicher Bericht über die Veranstaltung in zwei Dossiers des BfV vom 29.6. und 2.7.1952 überliefert: AdsD, Slg. Personalia Kardorff-Oheimb.

144 Vgl. Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 213 f.; Herbsttritt: Ein Weg (wie Anm. 115), S. 101 f.; Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 730-740 u. 767 f.

145 Das Präsidium hatte sich aus dem Dortmunder Tagungspräsidium heraus konstituiert und wurde später in „Rat der Deutschen Sammlung“ umbenannt. Hörster-Philipps: Joseph Wirth (wie Anm. 114), S. 772.

146 Esser: Wilhelm Elfes (wie Anm. 120), S. 214.

147 K. v. Kardorff an [Hans] Blank, 6.6.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 61.

unseren Vorträgen ist, und andere Parteien, die mich kennen und die mich hören wollen über diesen Punkt, bleiben fern.“<sup>148</sup>

Erst als sich im Mai 1953 aus den Reihen der Sammlungsbewegung unter dem gemeinsamen Vorsitz von Elfes und Wirth eine Partei, der Bund der Deutschen, gründete, zog Kardorff-Oheimb die Konsequenzen. Am 13. Juni 1953 teilte sie per Einschreiben an Wirth ihren Austritt aus dem Bund der Deutschen mit und informierte gleich am selben Tag Maase über ihre Entscheidung. Nach langen, aus Rücksicht auf ihn zurückgestellten Zweifeln sei ihr nunmehr absolut klar geworden, dass „nur mein guter Name benutzt“, dagegen ihre „politische Meinung und meine Mitarbeit mit allen Mitteln vermieden werden sollten“.<sup>149</sup> Den beiden Vorsitzenden sei, so formulierte sie es in einem anderen Brief, der „liberale Verständigungsweg [...]“ gänzlich fremd und aus diesem Grunde habe ich nicht angefangen mich auszuschließen, sondern die Führer haben mich ausgeschlossen durch ihre Verständnislosigkeit für meine liberale Arbeitsweise.“<sup>150</sup> Vor allem aber sah sie im Gegensatz zu einer Bewegung im Rahmen einer Partei keine Möglichkeit mehr, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten. „Eine Partei ist etwas anderes, wie eine Sammlung und in ihr muss sich eine Weltanschauung ausprägen, die nach rechts und links frei ist.“<sup>151</sup> Trotz ihres Bedauerns ob der schlussendlichen Entwicklung dankte sie Maase „für diese Epoche meines politischen Lebens, sie hat mich bereichert und zum Schluß enttäuscht und das erzieht eine alte Frau kurz vor dem ihr Leben beendet wird“.<sup>152</sup>

Ihr zweieinhalbjähriges Engagement für eine deutsch-deutsche Annäherung und der damit verbundene Dialog mit Kommunisten hatten Kardorff-Oheimb Kritik und Unverständnis auch auf Seiten früherer politischer Freunde eingebracht – auch wenn niemand, der Einblick in ihre früheren politischen Tätigkeiten hatte, ihr ein bewusstes Hintertreiben westdeutscher Staatsinteressen unterstellte. Albrecht Pickert zum Beispiel, der sie noch aus seiner Mitarbeit in der anfänglichen „Reichsleitung der LDP“ kannte, äußerte sich „erschüttert“, nachdem er auf einem Flugblatt des Kongresses für deutsche Verständigung an erster Stelle ihren Namen gefunden habe – „den Namen einer Frau von einer solchen außergewöhnlichen Persönlichkeit und einer solchen politischen Vergangenheit“. Es sei ihm unbegreiflich, „daß Sie

148 Ebd.

149 K. v. Kardorff an F. Maase, 13.6.1953, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 200 (Hervorhebung im Original). Der Einlieferungsschein für ihr Einschreiben an Wirth vom selben Tag befindet sich ebd., Bl. 291.

150 K. v. Kardorff an Elly Nowak-Hanay sowie an Schönfeldt, 7.7.1953, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 208 u. 239.

151 Ebd.; s. a. dies. an Verwaltungsgerichtsdirektor Müller, 11.7.1953, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 206.

152 K. v. Kardorff an F. Maase, 13.6.1953, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 200 (Hervorhebung im Original).

keine Bedenken getragen haben, Ihren Namen Bestrebungen zur Verfügung zu stellen, die, auch wenn es von Ihnen sicherlich nicht beabsichtigt sein mag, doch tatsächlich sich als Hilfsdienst für die Kommunisten auswirken müssen.“<sup>153</sup> Marie-Elisabeth Lüders attestierte ihrer früheren Reichstagskollegin in einem antikommunistischen Pamphlet „senile Gutgläubigkeit“ und erachtete es ebenfalls als „eine sehr ernste Sache [...], ehedem geachtete ‚deutsche‘ Namen in die sowjetische Agitationswagsschale zu werfen“.<sup>154</sup>

Im starken antikommunistischen Klima der Ära Adenauer wog der Verdacht auch nur einer Nähe zu kommunistischen Politikern oder Organisationen schwer. So verkehrten viele Menschen in Düsseldorf nicht mehr mit Kardorff-Oheimb, „weil sie annehmen, daß ich kommunistische Umrübe mache“.<sup>155</sup> Schließlich wurde auch sie zur Zielscheibe eines Ermittlungsverfahrens wegen Staatsgefährdung: ein diffuser Vorwurf, der sich dem aus Angst vor kommunistischen Umsturzversuchen eilig verabschiedeten Ersten Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 verdankte und der Adenauer-Regierung die strafrechtliche Verfolgung oppositioneller Aktivitäten wie jener des Arbeitskreises für Verständigung ermöglichte.<sup>156</sup> Im Mai 1955 erfolgte nach mehrjährigen Vorermittlungen der „Antrag auf Eröffnung und Führung einer förmlichen Voruntersuchung“<sup>157</sup> gegen Elfes, Maase und Kardorff-Oheimb, die im Falle der letzteren in einer Vernehmung durch einen Untersuchungsrichter des Bundesgerichtshofs gipfelte und zumindest in strafrechtlicher Hinsicht am Ende folgenlos blieb.<sup>158</sup>

153 A. Pickert an K. v. Kardorff, 19.5.1952, BArchK, N 1039, Bd. 75, Bl. 158.

154 M. E. Lüders: Frauen sichern Stalins Sieg, undatierte Broschüre [1952], AdL, C1-2645.

155 K. v. Kardorff an Kätie und Herbert Rohrer, 13.11.1953, BArchK, N 1039, Bd. 64, o. Bl.

156 Rolf Gössner: Die vergessenen Justizopfer des kalten Kriegs. Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West. Hamburg 1994, S. 50 f.

157 Die letztendlich nicht eingereichte Anklageschrift von April 1956 richtete sich nur noch gegen Elfes. „Der Tatvorwurf lautete auf Gründung und Förderung einer verfassungsfeindlichen Vereinigung gemäß § 90 a Abs. 1 StGB bzw. einer kriminellen Vereinigung in staatsgefährdender Absicht gemäß §§ 94 Abs. 1, 129 Abs. 1 StGB.“ Gunther Rojahn: Elfes – Mehr als ein Urteil. Aufladung und Entladung eines Politikums. Berlin 2010 (elektronische Publikation, URL: [www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS\\_thesis\\_00000020165](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_00000020165) (29.2.2016)), S. 8.

158 Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte (wie Anm. 17), S. 248. Mit dem sie damals vernehmenden Untersuchungsrichter nahm Kardorff-Oheimb später noch einmal Kontakt auf und lud ihn zu einem privaten Besuch nach Düsseldorf ein. K. v. Kardorff an Hermann Clauß, 2.2.1961, BArchK, N 1039, Bd. 56, Bl. 3; dies. an Irmgard Rößler, 6.3.1961, ebd., Bl. 7.

## Fazit

Nach der Zäsur von 1933, die dem weitgefächerten politischen Engagement der Politikerin Kardorff-Oheimb in der Weimarer Republik ein Ende setzte, ist deren Biografie von Leerstellen und Wiederanknüpfungsversuchen bestimmt. Erste betreffen den Themenkomplex Nationalsozialismus im weiteren Sinne, und zwar mit Blick sowohl auf die Quellenlage als auch auf Kardorff-Oheimbs diesbezügliche Haltung nach 1945. Erlaubt die stark lückenhafte Überlieferung eine nur oberflächliche Beschreibung ihrer privaten Lebenssituation, die das generelle Forschungsbild, demzufolge es einen liberalen Widerstand im Dritten Reich nicht gegeben hat,<sup>159</sup> zu bestätigen scheint, so fällt in Kardorff-Oheimbs aus der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs überlieferten Briefen ein weitgehendes Schweigen über die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen und die erlittenen Verfolgungen der Überlebenden auf. Stattdessen dominieren dort Klagen über die ‚geistigen‘ Auswirkungen der Naziherrschaft auf Deutschland, insbesondere auf die Generation der nach 1900 Geborenen, sowie die Exkulpation des von Hitler ‚überfallenen‘ deutschen Volkes. Ihre damit einhergehende Selbstviktimisierung als Gegnerin der Hitlerdiktatur verfestigte sich spätestens dann, als die deutsche Entschädigungsbehörde ihren Status als aus politischen Gründen von den Nationalsozialisten Verfolgte bestätigte.

Als ehemals exponierte liberale Politikerin der Weimarer Republik sah sich Kardorff-Oheimb nach 1945 in der selbstverständlichen Pflicht, den Wiederaufbau Deutschlands auf politischem Wege mitzugestalten. Mit ihrem 1946 im Rahmen der LDP in Berlin aufgenommenen Engagement suchte sie im Kontext von Liberalismus und Frauenbewegung an frühere politische Praktiken wie auch ihre einstige Präsenz in bürgerlichen Politik- und Gesellschaftskreisen anzuknüpfen. Nach einem gelungenen Start, sichtbar in ihrer Wahl zur ersten Vorsitzenden der Frauenarbeitsgemeinschaft des Berliner Landesverbands der LDP, stellte sie ihre parteibezogenen Aktivitäten nach anderthalb Jahren allerdings wieder ein. Bei diesem Rückzug spielten die Konflikte um die Frage, wie sich die LDP zu DFD bzw. zur SED verhalten sollte, nur eine vordergründige Rolle. Dass Kardorff-Oheimb – „zweifellos eine der bedeutenden Frauenpersönlichkeiten in der Berliner Politik“<sup>160</sup> – nach 1945 nicht so einflussreich wie andere Frauen wurde, ist darüber hinaus auf ihre instabile gesundheitliche Lage zurückzuführen, die sie wiederholt zu längeren Auszeiten zwang. Vor allem aber lag ihr Problem nach 1945 „wohl

159 Zu einer differenzierten Bilanz vgl. Jürgen Fröhlich: Opposition und Widerstand auf liberaler Grundlage. In: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Bonn 2004, S. 167-184.

160 Renate Genth: Katharina von Kardorff(-Oheimb). In: dies. u.a. (Hrsg.): Frauenpolitik (wie Anm. 64), S. 271 ff., hier S. 273.

auch darin, daß diese neue Zeit ihr wenig gewogen war. Die großbürgerliche Welt ging mit dem Nationalsozialismus unter und Persönlichkeiten wie Katharina von Kardorff wurden nicht mehr verstanden und akzeptiert.“<sup>161</sup>

Mit ihrem Wegzug aus Berlin verlor Kardorff-Oheimb ihren zentralen Bezugspunkt, den die Stadt als Zentrum politischer Ereignisse und Entwicklungen in ihrem eigenen Wirken als Politikerin immer gespielt hatte. Im Vergleich zur Entschlossenheit ihrer Mitarbeit in der LDP und zur konsequenten Abgrenzung von der SED waren ihre Aktivitäten im Westen von dem wankelmütigen Bemühen gekennzeichnet, politisch Anschluss zu finden, wie ihre Distanzierung von der Deutschen Frauenpartei unmittelbar nach deren Gründung und ihre kurzfristige Orientierung in Richtung SPD zeigen. So sehr ihre wiederholten Klagen über die feindselige Atmosphäre in Düsseldorf das veränderte Klima im historisch-zeitlichen Kontext der deutschen Teilung spiegeln, so verdeutlicht ihre in vielen Briefen zum Ausdruck kommende Sehnsucht nach Berlin die politische Heimatlosigkeit, die Kardorff-Oheimb im Rheinland grundsätzlich empfand.

An diesem Eindruck änderte auch ihre Rolle als Initiatorin und wichtige Akteurin des Arbeitskreises für deutsche Verständigung nichts. Im Gegen teil: Die Anstrengungen, die sie Anfang der 1950er Jahre für das Ziel einer (Wieder-)Vereinigung von Ost- und Westdeutschland unternahm, führten ihr nach der anfänglichen Euphorie, Motor einer Bewegung zu sein, ihr politisches Nischendasein umso deutlicher vor Augen. Dabei spricht es für ihren Mut, wenn sie der wachsenden antikommunistischen Paranoia in der bundesdeutschen Politik wie in ihrem persönlichen Umfeld eine konstruktive Zusammenarbeit und politische Kommunikation mit kommunistischen Parteimitgliedern und ostdeutschen Regierungsvertretern entgegenzusetzen suchte. Der letztendliche Preis, den sie dafür zahlte, war der Verlust ihres politischen Namens – was ihrer bisherigen Rezeption als liberale Politikerin auch von Seiten der Forschung eher geschadet haben dürfte.

Wie elementar wichtig Kardorff-Oheimb das Gefühl einer politischen Einbindung war, zeigt ihr Entschluss, sich im Alter von 82 Jahren – und in Erwartung ihres baldigen Todes –, sich der FDP anzuschließen. „Ich mußte wieder einer Partei angehören und ich bekannte mich zu Ihrer“ schrieb sie im März 1961 an den Vorsitzenden des FDP-Kreisverbandes Düsseldorf. Zugleich machte sie die Traditionen ihres politischen ‚Bekenntnisses‘ deutlich: „Bismarck hat das Deutsche Reich mit den Nationalliberalen gegründet. Es war großen Stils. Denkt alle daran!“<sup>162</sup>

161 Ebd.

162 K. von Kardorff an Willy Rasche (FDP Düsseldorf), 9.3.1961, BArchK, N 1039, Bd. 57, Bl. 132.